Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 11 (1955)
Heft: 3-4

Artikel: Der Weg der Baslerinnen zum Stimmrecht
Autor: Aebersold, Maria
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845480

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Botschaft des Vorstandes des Internationalen Frauenweltbundes für gleiche Rechte und gleiche Verantwortung

„Der Vorstand des Frauenweltbundes für gleiches Recht und gleiche Verantwortung hat in seiner Sitzung vom 5. Februar 1955 in Paris mit tiefem Bedauern von dem negativen Ergebnis der Männerabstimmung über das Frauenstimmrecht in Basel vom 4./5. Dezember 1954 Kenntnis genommen.

Er ist bestürzt, dass die Männer eines Kulturstaates noch heute die politischen Rechte den Frauen verweigern können, die ihren Willen, diese Rechte auszuüben, klar kundgetan haben.

Er ermuntert die Befürworterinnen und Befürworter des Frauenstimmrechts, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, und wünscht ihnen baldigen Erfolg".

Der Weg der Baslerinnen zum Stimmrecht

Am 21. Oktober 1954 beschloss der Grosse Rat von Basel die Revision der §§ 26 und 44 der Kantonsverfassung betr. Einführung des Frauen-Stimm- und Wahlrechtes in kantonalen Angelegenheiten. Daraufhin setzte der Regierungsrat das Datum der Volksabstimmung auf den 4./5. Dezember 1954 an.

Die politischen Parteien hielten ihre Parteisitzungen ab und beschlossen die Parolen:

Ja-Parolen:	Landesring der Unabhängigen
	P. d. A.
	Radikal-Demokratische Partei (Freisinn)
	Sozial-Demokratische Partei
Stimmfreigabe:	Evangelische Volkspartei
Nein-Parolen:	Liberale Partei
	Katholische Volkspartei
	Bürger- und Gewerbepartei

(Am 4./5. Dezember nahm das „superbürgerliche" Lokal auf dem Bruderholz, das Quartier der Liberalen, als einziges Quartier das Frauenstimmrecht an!)

Im November kam der Zeitpunkt für die befürwortenden und gegnerischen Aktionen.

Krieg kömbt vom Wörtlein Meyn und Deyn, sagt ein alter Spruch.

Da den Gegnern keine stichhaltigen Argumente mehr zur Verfügung standen, war ihre Propaganda eine Verteidigung ihrer Privilegien. In den Mitteln waren sie nicht gerade wählerisch und nahmen auch nicht von demagogischen Mitteln Abstand. Männer in Amt und Würden, die öffentlich das Hohelied der Frauenwürde gesungen hatten, halfen mit, die Frau in Plakat und Flugblatt lächerlich zu machen. Es wurden u. a. auch sonderbare Rechenkünste ausgeführt, um aus dem eindeutigen Ja der Basler Frauen vom 21. Februar 1954 ein Nein zu zaubern. Z. B. erschien folgendes Inserat:

76 700 Basler Frauen wurden im Februar 1954 darüber befragt, ob sie das Stimmrecht wünschen oder nicht.
43 500 Basler Frauen haben sich nicht für das Frauenstimmrecht entschliessen können.
43 500 Basler Frauen haben trotz massivster Ja-Propaganda mit Nein gestimmt oder gar nicht gestimmt.
43 500 Basler Frauen sind nicht für ein Ja der Männer.
Deshalb: Frauenstimmrecht Nein.

Es wurden also kurzerhand die Daheimgebliebenen zu den Neinsagerinnen gezählt. Eine neue Methode, ausschliesslich bei Frauenbefragungen und eventl. zukünftigen positiven Männerabstimmungen über das Frauenstimmrecht anzuwenden!

Unser überparteiliches Aktionskomitee hatte sich vorgenommen, möglichst sachlich in Plakat, Flugblatt, Inseraten, Artikeln usw. für die Freiheitsrechte der Frauen einzustehen. Hier eines unserer Inserate:

Es ist unrichtig, von einer Demokratie zu sprechen, solange die Frau kein Mitbestimmungsrecht im Staate hat.
Es ist ungerecht, die Frauen Steuern zahlen zu lassen, zu deren Verwendung sie nichts zu sagen haben.
Es ist unbillig, den Frauen ständig neue Lasten aufzuerlegen, ohne ihnen entsprechende Rechte zuzugestehen.
Es ist unklug, den Willen von 33 166 Frauen zu missachten.
Deshalb Frauenstimmrecht JA.

Wir glauben, sagen zu dürfen, dass wir bis zuletzt den Weg des Anstandes nicht verlassen haben.

Jede Zeyt hat gerechte Männer, sagt ein anderer, alter Spruch.

Dies zeigte sich auch jetzt wieder, denn wir mussten unsern Kampf nicht allein führen. In Plakaten, Inseraten und vielen Presseartikeln setzten sich Parteien, Verbände und Private für die politische Gleichberechtigung der Frauen ein.

In den letzten 14 Tagen vor der Abstimmung erwuchs uns eine besonders wertvolle, unerwartete Hilfe. Es entstand nämlich spontan ein

Männer-Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht von ca. 200 Männern, das sich in einer Propagandakundgebung in der Mustermesse sowie in glänzenden Inseraten für das Frauenstimmrecht einsetzte. Dieses Männer-Aktionskomitee liess z. B. folgendes Antwort-Inserat auf das oben zitierte der Gegner erscheinen:

Ehrenwerte Demagogen!

Am Mittwoch konnte man hier folgendes Inserat lesen

. . . .

. . . . (Hier wurde das obige Inserat wiederholt, Red.)

Leider schwarz auf weiss und unterzeichnet von einem Aktionskomitee, in dem recht ehrenwerte Politiker und Demokraten sitzen. Ihnen möchten wir folgendes Gegenbeispiel vor Augen führen:

62 500 Basler Männer wurden am 9./10. Mai 1953 gefragt, ob sie die neue St. Albanbrücke wollen oder nicht.

44 907 Basler Männer haben sich nicht für die Albanbrücke entschliessen können.

44 907 Basler Männer haben trotz der dringenden Notwendigkeit mit Nein gestimmt (es waren genau 764!) oder gar nicht gestimmt.

44 907 Basler Männer wollen also die St. Albanbrücke nicht. Man reisse sie sofort ab!

So spielt offenbar bei uns die Demokratie. Vor einer solchen Politik sollten wir wahrhaftig unsere Frauen verschonen und bewahren. Nicht aber vor einer offenen und ehrlichen Politik, die nie auf solche Rechenkünste angewiesen ist.

Wir Männer antworten darauf: Frauenstimmrecht JA.

Männer-Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht

War das nicht eine träfe Antwort?

Doch trotz dem grossen Einsatz so vieler Männer und Frauen wurde der 4./5. Dezember 1954 der „Schwarze Tage der Baslerinnen". Er brachte ein viertes Nein von 21 123 Stimmen gegen 17 321 Ja. 50 487 Kantonsbürger und -bürgerinnen müssen sich dem Willen von 33 450 Bürger und Bürgerinnen fügen. In einer Demokratie sollte die Mehrheit „König" sein. Hier aber wurde es die Minderheit — wie der Beobachter treffend schrieb.

Und was nun?

Wer da liegt, über den läuft alle Welt hyn, sagt ein dritter, alter Spruch. Dass davon keine Rede ist, zeigt das Folgende:

Aus dem Männer-Aktionskomitee hat sich ein Männerverein für das Frauenstimmrecht gebildet, der sich von jetzt an intensiv für die gerechte Lösung dieses brennenden Problems einsetzen wird.

Weiter haben sich die verschiedenen Frauenvereine von Basel zu einer „Politischen Arbeitsgemeinschaft von Basler Frauenorganisationen" zusammengeschlossen, welche die Fraueninteressen fördern und gemeinsame Aktionen auf politischem Gebiet unternehmen wird.

Und als drittes aber wichtigstes: Unsere Generalversammlung hat beschlossen, eine Volks-Initiative zu starten, welche eine gemeinsame Abstimmung von Männern und Frauen über die Einführung des Frauenstimmrechts verlangt.

Die einer solchen gemeinsamen Abstimmung notwendigerweise vorausgehenden Schritte werden in den kommenden Wochen gemeinsam mit Politikern und Juristen geprüft.

Der Initiativtext, die Bogen und die interne Organisation werden bis zu den Sommerferien beendet sein. Nach der Sommerpause aber werden wir mit Kraft und Freude ans Sammeln der Unterschriften gehen.

Wenn der Holzfäller lange umbs Holz spazieren geht, so fällt kein Span davon, sagte der letzte alte Spruch, der hier zitiert sei.

Nein, wir wollen nicht umbs Holz spazieren gehen, sondern als tüchtige Holzfäller dem zähen, knorrigen Stamm alter Vorurteile mit aller Kraft zu Leibe rücken, ihn endlich umlegen und möglichst bald ein fröhliches Feuer damit anzünden. Maria Aebersold.

Neue Stimmrechtsvorlage im Kanton Baselland

Die Frauen sind im Kanton Baselland vom Stimmrecht und vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Versuche, auf dem Wege über eine Verfassungsänderung die staatsbürgerlichen Rechte auch auf die Frauen auszudehnen, sind erstmals im Jahre 1926 unternommen worden. Die Vorlage, in der nur das Stimmrecht in Schul-, Armen- und Kirchenfragen vorgesehen war, wurde damals mit sehr schwachem Mehr abgelehnt. Zwanzig Jahre später erfolgte ein zweiter Vorstoss. Er sah vor, den Frauen die politischen Rechte uneingeschränkt auf kantonalem und kommunalem Gebiete einzuräumen. Diesmal hatte der Souverän deutlicher reagiert und mit einem Stimmenverhältnis von 5 zu 2 seine negative Einstellung ausgedrückt. Die Diskussion blieb aber trotzdem in der Folge offen.

Die nächste Aktion ging vom Regierungsrat aus. Der Umstand, dass bei den Volksbefragungen die direkt interessierten Frauen nicht zum Worte gekommen waren, veranlasste ihn im Jahre 1953, einen Weg zu zeigen, der es ermöglicht hätte, den Frauen den Vorentscheid über die Gleichberechtigung einzuräumen. Der Landrat trat aber auf diesen Vorschlag nicht ein, beauftragte aber gleichzeitig den Regierungsrat, die Vorbereitungen für eine Verfassungsrevision zu treffen, die eine stufenweise Einführung des Frauenstimmrechtes vorsah. Man